

Solauer Tagblatt

Erscheint täglich 5 Uhr früh in eigener Verlagsbuchhandlung (Dr. M. Kempf & Co.)
Radeckstraße 20. Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich: Hans Lorber.

Herausgeber: Redakteur Hugo Döder.
Fernsprecher Nr. 20.

14. Jahrgang. Nr. 477

Die Redaktion: Eine Amtsstelle unter der Leitung des Chefs.
Belegschaft: 1000 Exemplare. Gangabend K. 36
Auslieferung: Ein Zug nach Süden und Westen.
In Ost 10 h, in Südosten 15 h. Reklame: J. 2.
und Anzeigen im Centrale 60 h. c. von 10 bis 12 Uhr.
Einzelpreis 12 Heller.

Generalstabsberichte.

Wien, 27. Februar. (K.B.) Amtlich wird bekannt: Zwischen Italiens und Österreich liegen täglich erhöhte Artillerieaktivitäten. Italienische Flieger bewirken die weit hinter der Front liegenden, nicht besetzten Orte Cles, Mezzodìmordo und Bozen mit Bomben. — Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 27. Februar. (K.B. — Wochenschein) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet: Westlicher Kriegsschauplatz: An der Pier wurden einige Belgier gefangen. An der strandreichen Front, hauptsächlich der Scarpe, in der Champagne und auf dem östlichen Maasufer steht die Artilleriekraftigkeit am Abend auf. Bischoff kam es zu heftigen Luftkämpfen. Ein einheitlicher Angriff englischer Flieger gegen unsere Ballone zwischen Oise und Marne scheiterte. Wir schossen gestern 15 feindliche Flugzeuge und 3 Fesselballone ab. Hauptmann Alter von Tschiffel erlangte seinen 24. Luftsieg. Offizier Raffin brachte bei einem Fluge zwei Fesselballone zum Abflug. Deutlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Elshorn: Nördlich von Dorpat nahmen wir zwei russische Regimenter bei ihrem Rückmarsch gefangen. — Heeresgruppe Elbing: In der Ukraine wurde ein schwedisches Battalion, das sich bei Korotyschem, 80 Kilometer von Stolp, unserem Vormarsch in den Weg stellte, unter Verlusten zerstreut. Südlich von Stolp drangen unsere Truppen bis Brestlitz vor. In Romesch, südlich von Dubno, nahmen wir den Stab eines russischen Generalkommandos, einen Divisionsstab und 200 Mann gefangen. — Moldauische Front: Englische Überstellungen, die über den Donauknoten gegen die bulgarischen Stellungen vordrangen, wurden im Gegensatz zurückgeworfen. — Italienische Front: Nichts Neues. — Der Erste Generalquartiermeister von Ludendorff.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Italienischer Bericht vom 25. Februar. Feuerstöße zwischen Artillerie und Infanterie und mäßige Feueraktionen auf der übrigen Front. Bei Lago Scuro (Canonicatal) und bei Novale (Brenta) wurden feindliche Patrouillen abgewiesen. Auf dem linken Platzfuß griff eine englische Panzertruppe eine feindliche Abteilung an und sorgte ihr markanter Verluste zu. Bei Capostrada wurden gegnerische Truppen, die auf breiter Front den Brückenkopf angreiften, prompt zerstreut. Tagüber war die Fliegeraktivität über den vorbereiteten Linien intensiv. Vier feindliche Flugzeuge, von denen zwei durch italienische und zwei durch englische Flugzeuge abgeschossen wurden, stürzten in der Gegend des Monte Grappa nieder. Ein fünftes wurde durch unsere Abwehrbatterien getroffen und stürzte brennend bei Vors, nordöstlich von Bassano, nieder. In der Nacht bombardierten unsere Geschwader die Bahnhöfe von Motovile, südlich von Treviso, und Primolano, wo lebhafter Verkehr herrscht. Ferner bombardierten sie die feindlichen Flugplätze bei Lacomina und bei St. Peter di Sopra. Feindliche Flugzeuge machten Bomben auf Castelfranco, Mestre und Venetia ab.

Drahtunterschriften.

Oesterreichisches Abgeordnetenhaus.

Wien, 27. Februar. (K.B.) Das Haus setzte die Beratung des Vertrages des Justizhausschusses über die Ergänzung der Bestimmungen über die Veräußerung der Gütekommittäten fort. Als erster Redner sprach Abg. Dr. Öster.

Wien, 27. Februar. (K.B.) Nach kurzer Debatte wurde der Bericht des Justizhausschusses, betreffend die Veräußerung der Gütekommittäten, in zweiter und dritter Lesung zum Beschluss erhoben. In der Debatte trat Dr. Öster für die Aufhebung des Institutes der Familien-Gütekommittäten, die Abgeordneten Röller, Pavlik und Göll für die Verhinderung von Gütekommittäten an die Donauinselgründungs- und Erbpächter im Böhmerwald, Niederegebirge und anderen Teilen Böhmens ein. Abg. Pirker betont die Notwendigkeit einer Agrarreform zur Erhaltung des freien Bauerstandes. Abg. Sarc verlangt, daß die kaiserliche Verordnung, betreffend den Verkauf von Bauerngütern, nicht nur für die Agrarzeit gelte, daß vielmehr auch analoge Bestimmungen für die Erbrente getroffen werden und wünscht die Einbringung eines Gesetzes, betreffend die Expropriierung von Jagdplatzgrundstücken. Ferner muß die Abgemarkungen geschaffen werden, daß Großbauern, die in einer für die Volksversorgung nicht entsprechenden Weise bewirtschaftet werden, aufgestellt werden. Die ganze Agrarregelung muß von dem Grundsatz geleitet werden, daß der Boden nur dazu da ist, um die Bevölkerung zu ernähren. Reichsstaatsrat Dr. Angermann referiert sodann über den Gesetzesentwurf, betreffend die Gewinnung von phosphatkalkhaltigen, für Düngungszwecke verwendbaren Stoffen, und über die damit zusammenhängenden Anteile der Abgeordneten Löffl, Decatil, Schwalger und Altmann. Abg. Rostek hält eine Rede in böhmischer Sprache. Die Verhandlung wiede sodann abgebrochen und die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung morgen.

Aus dem Wehrausschusse.

Wien, 26. Februar. Im Wehrausschusse erklärte Landesverteidigungsminister Freiherr v. Czopp vor Eingehen in die Tagesordnung, auf eine Neuerung des Abg. Wissotsky eingehend, daß es für die Armee und in der Marine und darüber auch für den Minister kein Nationalitätsunterschiede gebe. Dem Wunsche des Vorredners nach Mitteilung zahlreicher Daten über die in Gefangenshaft Geratenen könne der Minister aus militärischen Gründen dermal nicht entsprechen. Der Minister verzweigt gegenüber einer Bemerkung Dr. Wissotskys darauf, daß er schon bei verschiedenen Anlässen, auch in diesem Ausschusse die Manen dieser auf dem Felde der Ehre Gefallenen angerufen habe, und er benötige neuerlich die Gelegenheit, mit dem hellen Daube, den das Vaterland allen seinen schuf, die Blut in dem Ringen um seine Befreiung vergossen haben, der gefallenen Krieger, welcher Nationalität immer sie angehören, zu gedenken und ihren Hinterleibenden sein tiefer Mitgefühl neuerlich anzusprechen.

Abg. Rostek bemerkte, der Ausschuss hätte von vornherein keinen Anlaß, den Worten des Ministers zu mißtrauen, nur müsse er darauf verweisen, daß der Vorgänger des Ministers, Freiherr v. Georgi, seinerzeit bei Verhandlung des Kriegsleistungsgesetzes sein Wort dafür eingesetzt hat, daß keine Personen, die durch das Kriegsleistungsgesetz getroffen werden, das sind die 43- bis 50-jährigen, nicht zum Landsturmdienst herangezogen werden.

Landesverteidigungsminister Freiherr v. Czopp führte weiter aus, er könne nur sagen, daß es sich hier um ein Misverständnis handle, da das Versprechen nur dahin gegangen sein könne, daß die Leute, welche auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes herangezogen werden, nur diesen Geiste entsprechend verwendet werden, daß es sich aber nicht um ein Versprechen habe handeln können, daß eine Verlängerung der Landsturmpflicht niemals eintreten werde. Uebrigens habe man im Jahre 1912 nicht voraussehen können, was sich für Notwendigkeiten in einem so lange dauernden Kriege ergeben könnten, und daher hätte selbst eine gemachte Jagd infolge der Notlage des Staates ihre Gültigkeit verloren. Der Minister könne von vornherein mit aller Bestimmtheit seine Überzeugung Ausdruck geben, daß entweder die Annahme oder die Neuerung, daß es sich um ein Ehrenwort gehandelt habe, auf einen Artikum oder auf ein Misverständnis zurückzuführen sei.

Abg. Rostek erklärte heraus, er habe keineswegs die Absicht gehabt, der Ehre des Ministers Sch. v. Georgi zu negieren und habe seine Ausführungen lediglich sachlich, ohne persönlichen Beigeschmack, vorgebracht.

Die Verhandlungen mit den Parteien.

Wien, 26. Februar. Der Ministerpräsident hat heute die Verhandlungen mit den Parteien fortgesetzt. Es verlautet, daß die Regierung die Verhandlungen auf der Grundlage führt, eine Mehrheit für die Erledigung der ganzen Vorlage über das Budgetprojektum zu stande zu bringen. Die deutschnationalen und die christlichsozialen Parteiführer vertraten hente längere Zeit miteinander und begaben sich gemeinsam zum Ministerpräsidenten Dr. v. Süßner. Namens der Tschechen erhielten Tafar und Stanek, für die Südböhmischen Karpaten beim Kubitschek.

Das beruhigungsreiche Ereignis des Nachmittages war eine gemeinsame Sitzung der slowakischen Opposition, die über Einladung der Polen zu stande gekommen war. Den Vorsitz führte Hofrat German. Vertreten waren die Präsidenten des Polenclubs, des Tschechischen Verbandes und des Südböhmischen Verbandes. Die Ukrainer hatten auch eine Einladung erhalten, aber ihre Teilnahme abgelehnt. Die Deutschradikale Vereinigung hat heute über Antrag der Abg. Kraus folgenden Beschluß beigelegt: Die Deutschradikale Vereinigung hat keine Verantwaltung, mit den Tschechen und Südböhmen wegen Bewilligung des Budgets und wegen Lösung der schwierenden Fragen in Verhandlungen einzutreten, da die grundlegenden Forderungen der Deutschen in Österreich nicht erfüllt sind und die Polen eine Selbstverwaltung der Sudetenländer nach den Vorschriften der Staatsbewirtschaftung nicht durchgeführt si. Der Beschluß wurde zur Klubfrage gemacht.

Deutsche Reichstag.

Berlin, 26. Februar. Der Reichstag setzte die erste Lesung des Gesetzes fort. Staatssekretär des Reichskanzlers Graf Roeder leierte die Staatsberatung ein.

Abg. Elmendorf (Zentrum) weist darauf hin, daß die Friedenssucht in allen Ländern wächst und das deutsche Volk dem Reichskanzler dafür dankbar ist, daß er alle vier Punkte der Note des Präsidenten Wilson eingehend behandelt hat. Dabei sagt Roeder, wurde klar, daß in entscheidenden Punkten volle Übereinstimmung herrscht und in anderen Unterhandlungen möglich sind. Durch die geistige Rode des Kanzlers ist die Welt dem Frieden um einen bedeutenden Schritt nähergekommen, wenn die Staatsmänner der Entente an Stelle des Verhandlungswillens den ethischen Verständigungswillen treten lassen. Dem vom Reichskanzler Payer entwickelten Programm stimmen wir zu, da es alte Forderungen unserer Fraktion enthält. Der

Streich hat zweitens kriegsverhindrend gewirkt. Da er Aktion war ein Attentat gegen unsere Freunde ist im Felde. Nach eingehender Beratung der drei Potenzen des Staats sprach Redner der Reichsleitung vorerst aus und erklärte: Wir vertragen es, daß es hier geübt wird, auch die preußische Wehrmacht zu gediehener Kämpferkunst zu bringen. (Lohn der B.

Abg. Scheidemann (Sozialdemokrat) äußert ausdrücklich aus Russland geworden ist, das war nicht die Sicht der deutschen Sozialdemokratie. Wir kämpfen, um den Kaiserismus zur Befreiung unseres Vaterlandes, so kann es gegen die Erneuerungspläne der Entente, wie künftig ebenfalls für die Fortsetzung der belgischen Unabhängigkeit sowie für die Unterdrückung der belgischen Unabhängigkeit. Es für Langen und Bries. Wir bekennen aller Weise, daß die Politik, die gegen Russland betrieben wurde, nicht unsere Politik war. Es ist zweifelhaft, ob damit im Reichtum des deutschen Volkes etwas Nützliches reicht wäre. Wir befürchten das Gegenteil. Für uns ist Kämpfer nicht in ein Verhältnis zu Deutschland tritt, wodurch es selbst vielleicht nicht wollen. Der Friedensschluß im Orient schafft vollendete Tatsachen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Regelung kein einflussreiches Hindernis für das Zustandekommen eines gemeinsamen Friedens sein dürfe. Die Erklärung des Reichskanzlers im Haupthausschaffe über den Westen war sehr nicht zwingend eindeutig. Im Auslande glaubt man immer noch an die Absichten der deutschen Regierung auf Belgien und Bries. Wir erwarten eine deutliche Erklärung der Regierung. Der Reichskanzler hat nun ganz rund heraus gesagt, daß er die vier Grundsätze Willens, Annahme, die begeistern wir aufdringlich. (Beschall.) Wie Wilsons vier Punkte annehmen, mag selbstverständlich die Überwungs- und Vergewaltigungspläne abschaffen. Mit Wilson kann man in Frieden und Freundschaft zusammen. Wenn man seinen Willens, ebenso seinen Selbstständigkeit sichergestellt ist. Und Sie Herr Reichskanzler, was Sie können, um Hindernisse im Leben und Geschäft zu erhalten. (Lebhafte Beifall links.) Den deutschen Kämpfern will ich nur sagen, daß der Vertrag, einen Frieden im Westen zu schließen wie in Russland, eine Kraftprobe wäre, die auch für Deutschland gefährlich ist. Ein solcher Friede würde die Welt in ein fürchtbares Militärlager verwandeln. Die Welt würde von dem Gewicht im Stein schlafen gehen. Dann würden die bürgerlichen Träume verwirklicht werden und die Weltrevolution würde kommen. Kein Staat der Welt kann aus der Dauer ohne Freund leben. Wir wollen keine Demütigung unserer Gegner, wir wollen keinen Frieden, wie wollen einen Frieden, der aus Freiheit, Freundschaft und auf gegenseitigen Vertrauen der Völker besteht. (Beschall links.) Redner geht sodann zur Befreiung der inneren Politik über und beschreibt sich insbesondere mit der letzten Streitbewegung, bei welcher die Politik vom Militär einfach überwunden worden sei. (Zustimmung links.) Wir freuen uns über die Entscheidlichkeit, mit der der Reichskanzler für das alte Wahlrecht eingesetzt ist. Die Regierung wird bei diesem Kampf das ganze Volk hinter sich haben. Es gibt kein Zweit mehr, darum begrüßen wir auch das Programm des Reichskanzlers. Das deutsche Volk wird reifer und freier aus dieser ungeheuren Prüfung hervorgehen. (Lebhafte Beifall links.)

Staatsliche Kammer.

Zürich, 25. Februar. (K.B.) In der letzten Sitzung der italienischen Deputiertenkammer hielten Sonnino und Orlando Reden.

Sonnino führte aus, es liege offen zu zeigen, daß die Gegner ihrer Friedenserklärungen aus der unbestimmten Gewalt befreit sind. Die Friedenserklärungen aus der unbestimmten Gewalt einer Reihe von Staatsmännern der Entente zur Erreichung einer gerechteren Friedensgrundlagen ausgeprochenen allgemeinen Gedanken aufzunehmen, aber andererseits der Völkung der besonderen, genau umschriebenen Probleme, welche den gegenwärtigen Arten verurteilt und gegebenenfalls eine dauernde Besatzung für den Frieden bilden würden, unbedingt abnehmen gegenüberzustellen. Italien sei stets bereit, jeden ernsthaften Friedensvorstoss im Verein mit den Vertragspartnern einer Prüfung zu unterwerfen, kann sich jedoch nicht leichtig in Friedensverhandlungen einlassen, ohne jegliche Gewähr für die von den Gegnern vorzuholten Bedingungen. Deutschland rechnet mit Misslichkeiten unter seinen Gegnern und mit revolutionären Strömungen in ihren Ländern. Der Beginn von Friedensverhandlungen beruhe die Gefahr in sich, daß die Feindseligkeiten nicht wieder aufgenommen werden könnten, weil ungeachtet der Natur der gestellten Friedensbedingungen die Völker durch die bloße Ansicht auf baldigen Frieden erlaufen würden. Freiheit und Demokratie könnten nur durch den Einsatz der Waffen behauptet werden. Italiens Ansprüche an Österreich-Ungarn seien durch Italiens mit bestätigte jetzt an Südtirol geheiligt und durch die Gründung einer politischen Sicherung in Lande und zu Wässer geöffnet.

Staatslich sprach Minister Sonnino im Hinblick auf die südländischen Vorherrschaften von gegebenenfalls zu besetzenden Gebieten.

Ministerpräsident Orlando sagte, angeleitet die auf italienischen Boden stehenden Feinde zehre es nur eine

